

PRESSEMITTEILUNG

11. Juni 2010

Deutsche sind zum Sparen bereit

Die Arbeitnehmer in Deutschland befürworten einen Abbau der Staatsverschuldung mehrheitlich auch dann, wenn sie selbst auf staatliche Leistungen verzichten müssten.

Laut einer repräsentativen Umfrage der IW Consult im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche sprechen sich vier Fünftel der Arbeitnehmer dafür aus, dass die Bundesregierung Ausgaben kürzen sollte, um die Staatsschulden abzubauen. 12 Prozent der Befragten lehnen Einsparungen ab.

Unter den Befürwortern des Sparkurses würden sechs von zehn Arbeitnehmern die Ausgabenkürzungen auch dann unterstützen, wenn sie selbst dadurch auf staatliche Leistungen verzichten müssten. Gut ein Viertel (27 Prozent) ist dagegen nicht bereit, im Zuge der Haushaltskonsolidierung auf staatliche Leistungen zu verzichten. 14 Prozent der Befragten wollen oder können dies nicht beurteilen. "Die Bürger wissen, dass hohe Staatsschulden unweigerlich die Steuer- und Beitragszahler belasten. Gesunde Finanzen geben dem Staat dagegen den nötigen Freiraum zur Entlastung der Erwerbstätigen. Sie sind außerdem der Garant für eine stabile Währung und niedrige Inflation", sagt INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr.

Die Angst vor Inflation und dem Verlust von Ersparnissen durch Geldentwertung ist unter deutschen Arbeitnehmern weit verbreitet. Demnach hat jeder zweite Arbeitnehmer derzeit Inflationsangst. Etwa jeder zehnte Befragte gibt sogar an, „außerordentlich“ Angst vor Inflation zu haben. Demgegenüber haben gut zwei Fünftel der Arbeitnehmer weniger und 7 Prozent gar keine Angst vor Geldentwertung. Noch detlicher als die aktuelle Inflationsangst zeigt sich die Befürchtung der Arbeitnehmer, dass ihre Ersparnisse in Zukunft weniger Wert sein könnten. Insgesamt sorgen sich knapp zwei Drittel der Arbeitnehmerschaft um eine zukünftige Entwertung ihrer Ersparnisse. Knapp ein Viertel der Arbeitnehmer gibt hingegen an, eher keinen Wertverlust zu befürchten. Nur wenige Arbeitnehmer (6 Prozent) sorgen sich gar nicht, dass ihre Ersparnisse in Zukunft durch Inflation weniger wert sein könnten.

Im Rahmen des IW-Arbeitnehmersvotums wurden 1.000 Arbeitnehmer durch die IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, zwischen dem 25. Mai und 01. Juni 2010 online befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren ist repräsentativ für Deutschland nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen geschichtet. Nicht berücksichtigt wurden Arbeitnehmer ohne Schulbildung.

Mehr Informationen im Internet unter www.deutschland-check.de

Pressekontakt:

Konrad Handschuch, WirtschaftsWoche, Tel. 0211-8872-118, konrad.handschuch@wiwo.de
Christoph Windscheif, INSM, Tel. 030-27877-177, windscheif@insm.de